

19.10.2009

Lissabon-Vertrag/Klaus/EU

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Posselt (CSU) warnt vor „Inflation von Klauseln“

München. Angesichts der Forderung des tschechischen Präsidenten Václav Klaus nach einer anti-sudetendeutschen Klausel zum Lissabon-Vertrag und der Erklärung der slowakischen Regierung, dasselbe zu beantragen, hat der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, vor „einer Inflation von juristisch sinnlosen, moralisch aber inakzeptablen und demütigenden Flut von Klauseln“ gewarnt. Menschenrechtliche Probleme in Europa könne man nicht in der Manier von Hinterzimmeradvokaten lösen, sondern nur durch einen ehrlichen direkten Dialog mit den Betroffenen, das heißt in diesem Fall mit den Sudeten- und Karpatendeutschen sowie den Ungarn. Sonst werde die Frage der Beneš-Dekrete noch in Jahrzehnten immer wieder auftauchen.

Pressestelle Bernd Posselt MdEP
Dachauer Str. 17, 80335 München
Tel.: 089/554683, Fax: 089/594768
mail@bernd-posselt.de; www.bernd-posselt.de